

Nachhaltige Reaktionen auf den IPCC-Bericht waren nicht feststellbar. Man kann argumentieren, dass Mosambik so viele andere wichtige und akute Probleme habe, und das Land sich daher nicht um alle Herausforderungen in gleicher Weise kümmern könne. Es besteht auch die Gefahr, dass die Schuld am Klimawandel ausschließlich dem Kohlendioxid-Ausstoß der Industrieländer angelastet wird. Die Feststellung, dass der afrikanische Kontinent am wenigsten zum Klimawandel beigetragen habe, jedoch am härtesten von ihm getroffen werde, ist häufig zu hören. Aber sie darf nicht von der Eigenverantwortlichkeit der Afrikaner ablenken.

Denn sie verbrennen im wahrsten Sinne ihr Zukunftspotential: 45.000–120.000 Hektar Wald verschwinden in Mosambik jährlich, um Brennmaterial zu erhalten und neue Anbauflächen zu gewinnen. Der Mangrovenwald, immer noch der beste Küstenschutz gegen Überflutungen von der See her, nimmt jährlich um 6 km² ab.

Der Druck auf die natürlichen Ressourcen steigt ständig. Rund 70 Prozent der Mosambikaner leben von der Subsistenzwirtschaft ihrer marginalen ländlichen Existenzen. Ihr Überleben ist ausschließlich Biomasseorien-

tiert. Da sie keine finanziellen Reserven besitzen und schon gar keinen Eigentumstitel auf das Land haben, bringt sie jede Ernteschwankung an den Rand der Hungersnot und in Abhängigkeit von der Nahrungsmittelhilfe. Man schätzt, dass ein Prozent des jährlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts aufgezehrt wird von den Verlusten infolge von Dürren und sonstigen Wettereinflüssen.

Die Regierung hat die Armutsbekämpfung zum obersten Ziel erklärt. Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft sind der wichtigste Beitrag zur Anpassung der Landbevölkerung an den Klimawandel. An den Kleinbauern ist das Wachstum bisher vorbeigegangen. Mosambik verdankt seine eindrucksvollen Wachstumsraten einigen Enklaven-Industrien wie der Aluminiumproduktion, den Strom- und Gasexporten, dem Tourismus sowie zu einem geringen Teil der kommerziellen Landwirtschaft. Es kommt darauf an, der großen Mehrheit der Bevölkerung dabei zu helfen, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und zu stärken, damit sie diese nicht mangels Alternativen zerstören. Dann werden sie auch dem Klimawandel nicht mehr hilflos ausgeliefert sein.

NIGERIA: IM DILEMMA DES KLIMAWANDELS

Klaus Pähler

„Klimawandel in Nigeria ist eine tickende Zeitbombe und es gibt wenig oder nichts, was zur Milderung seiner Folgen getan wird!“

Nnimmo Bassey, Vorsitzender von Environmental Rights Action/Friends of the Earth Nigeria

EINIGE FAKTEN

Häufig wird argumentiert, Afrika brauche sich um den Klimawandel nicht weiter zu kümmern, da von ihm nur global vernachlässigbare Treibhausgase ausgehen. Da der Klimawandel primär von den entwickelten Ländern verursacht werde, sollten diese sich auch darum kümmern. Bittere Ironie des Schicksals: Von allen Kontinenten trägt Afrika am wenigsten zum Klimawandel bei, wird darunter aber wohl am meisten leiden. Ein typischer Fall von negativen externen Effekten, einer Externalisierung von Kosten, würden Ökonomen sagen: Ein Unbeteiligter trägt die Kosten der Handlungen anderer.

Afrika produziert pro Jahr etwa eine Tonne CO₂ pro Person. Südafrika, das mit Abstand industrialisierteste Land des Kontinents, produziert 8,44 t, während Mali am anderen Ende der Industrialisierungsskala weniger als 0,1 t pro Person und Jahr produziert. Die USA generieren im Vergleich etwa 16 t pro Person und Jahr, insgesamt also 5,7 Mrd.t oder 23 Prozent der Weltproduktion. Damit sind sie der größte Produzent. Der neue Stern am CO₂-Himmel, China, wird die USA aber bald übertreffen. Diese Angaben stammen zwar aus 2002, dürften sich aber in den Proportionen nicht wesentlich geändert haben. Sie dienen hier nur der groben Einordnung Afrikas in die Problematik: Ganz Afrika produziert danach nur etwa 920.000 t CO₂ pro Jahr, also weniger als 4 Prozent der Weltproduktion.

Da Afrika einer Anzahl von ressourcenverzehrenden Stressoren ausgesetzt ist (von HIV über Korruption bis zu dauernden blutigen Konflikten), bleiben ihm vergleichsweise wenige Ressourcen, auf den Klimawandel proaktiv zu reagieren. Wenn der, wie dargelegt, für den Kontinent ein externer Schock ist, liegt hier aus Sicht vieler Ökonomen ein vertretbarer Grund für Kompensationszahlungen und/oder Hilfeleistungen.



In Nigeria werden 2,5 Millionen Kubikfuß Erdgas pro Tag abgefackelt. Das entspricht 40 Prozent des gesamten Gasbedarfs Afrikas.

Auf dem vom deutschen Bundespräsidenten Professor Horst Köhler initiierten deutsch-afrikanischen Gipfel im Januar 2007 in Accra rief der nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo denn auch zu internationaler Hilfe zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels auf und forderte, alle Länder sollten die entsprechenden internationalen Vereinbarungen einhalten.

MÖGLICHE FOLGEN

Da etwa 40 Prozent des afrikanischen Bruttosozialprodukts in der Landwirtschaft erzielt werden, und wiederum etwa 70 Prozent aller afrikanischen Arbeitskräfte auf oft marginalen Böden beschäftigt sind, wird deutlich, welche verheerenden sozio-ökonomischen Folgen schon geringe klimatische Veränderungen haben können.

Fischbestände an den Küsten – Ghana verlor seit 1970 etwa 50 Prozent – oder in langsam austrocknenden Seen nehmen ab, wie etwa im Tschad-See, der bereits auf ein Zehntel seiner ursprünglichen Größe geschrumpft ist und von dem die Wasserversorgung von über 10 Millionen Menschen in den Anrainerstaaten abhängt. Durch das rapide Austrocknen des Sees ist es inzwischen umstritten, ob Nigeria überhaupt noch Anrainer des Sees ist.

Die Ernährung immer noch dramatisch wachsender Bevölkerungen – Nigerias Bevölkerung wuchs in den letzten 15 Jahren von 89 Millionen auf 140 Millionen Menschen – wird gefährdet, weil mit zunehmender Verwüstung oder Sahelisierung die natürlichen Ressourcen abnehmen, etwa im Norden Nigerias, während gleichzeitig der Meeresspiegel an seiner tropischen Küste im

Süden steigt. Dies könnte langfristig zu Binnenmigration und resultierenden Konflikten um die schrumpfenden Ressourcen (bebaubare Böden, Wasser) führen.

Auch internationale Konflikte sind zu erwarten, da Klimaflüchtlinge sich kaum durch die innerafrikanischen Grenzen aufhalten lassen werden. Einige Quellen sprechen bereits jetzt von einem Anteil illegaler Immigranten in Südafrika oder Nigeria von ca. 30 Prozent. Um eine Vorstellung zu geben: Steigt der Meeresspiegel um 20 cm, werden in Nigeria 740.000 Menschen verdrängt, steigt er um 1 m, sind es 3,7 Millionen Personen, bei 2 m wären es schon 10 Millionen. Von der UNFCCC in Nairobi war zu hören, Lagos (zwischen 7–14 Millionen Einwohner) könne eines Tages ganz einfach im Meer versinken. Vor dieser Hintergrundfolie müssen die Bemühungen oder genauer: Nicht-Bemühungen Nigerias, mit den absehbaren Problemen umzugehen, gesehen werden.

KYOTO UND SEINE WIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN AUF NIGERIA

Politiken, die dem Klimawandel durch Senkung des Verbrauches fossiler Brennstoffe wie Öl, Gas oder Kohle Einhalt gebieten wollen, haben natürlich erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf die Produzenten bzw. Lieferanten dieser Brennstoffe. Nigeria ist achtgrößter Öllieferant der Welt. Die neungrößten Gasvorräte lagern hier. Von einer nachhaltigen Senkung des Verbrauches dieser Energieträger wäre die nigerianische Volkswirtschaft massiv betroffen. Sie ist praktisch eine Monokultur: Etwa 80 Prozent der Einnahmen der Regierung, 90–95 Prozent der Exporterlöse und über 90 Prozent der Deviseneinnahmen stammen aus dem Ölsektor. Von 1970–1990 wurden insgesamt etwa 200 Mrd. US-Dollar aus dem Erdölgeschäft Erlöst.

In den letzten Jahren versucht Nigeria daher zu diversifizieren. In Kuppelproduktion mit dem Öl fällt auch Gas an, das bisher ganz überwiegend (ca. 75 Prozent) einfach abgefackelt wird, weil es an technischen Anlagen zu seiner Nutzung fehlt. Dieses Gas wird nicht etwa von hohen Türmen aus verbrannt sondern oft direkt auf der Erde, da, wo es aus dem Boden austritt.

Die dadurch entstehenden Dioxine und anderen Karzinogene schädigen Einwohner und Umwelt. Das Land fackelt mehr Gas ab als irgendein anderes Land: 2,5 Millionen Kubikfuß pro Tag. Das entspricht 40 Prozent des gesamten in Afrika genutzten (!) Gases und trägt durch das enthaltene Methan und CO₂ mehr zur globalen Erwärmung bei als die Emissionen ganz SubSahara-Afrikas zusammen. Bis 2008 soll dieses Abfackeln beendet werden.

Die Befolgung des Kyoto-Protokolls ist für das Land also ein zweischneidiges Schwert: Auf den Klimawandel dürfte sie sich langfristig positiv auswirken, auf seine wirtschaftliche Entwicklung aber kurzfristig negativ. Die Einhaltung des Kyoto-Protokolls würde die Einnahmen der OPEC-Staaten, zu denen Nigeria gehört, bis 2010 um 25 Prozent reduzieren. Für die nigerianische Entwicklungsplanung wäre dies eine Katastrophe: Dringend nötige Investitionen in Bildung oder Infrastruktur könnten allenfalls zum Teil vorgenommen werden, mit dauerhaft negativen Folgen für den Entwicklungspfad des Landes.

Eine wichtige Rolle dürfte hier auch Chinas Energiesicherungs politik mit ihrem stark wachsenden Engagement in den extraktiven Industrien Afrikas spielen, und am Rande sei erwähnt, daß Nigeria plant, in mittlerer Zukunft ca. 4000 MW aus eigenen Kernkraftwerken zu beziehen. Die Frage nach der Reaktorsicherheit mag man in einem Land, in dem es keine stabile herkömmliche Stromversorgung gibt und dessen Luftraum vom Präsidenten als unsicher bezeichnet wurde, gar nicht erst stellen. Das ökologische Szenario des Landes könnte sich über Nacht grundlegend verändern. Nigeria hat das Kyoto-Protokoll zwar unterschrieben (es gehört zu den Nicht-Anhang-1-Staaten und ist also nicht zu Maßnahmen verpflichtet), doch glaubt das „Institute for Public Policy Analysis“ (IPPA), Nigeria käme mit eigenen Initiativen besser mit dem Klimawandel zurecht. Interessant ist, daß IPPA den Klimawandel für den Alarmismus von Interessenten hält. Viele vorgeschlagene Politiken würden Nigeria eher schaden als nützen. Nigeria solle stattdessen seine Anpassungskräfte stärken, zum Beispiel durch den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen. Dadurch würden ausländische und inländische Investitionen, Handel und Wohlstand angeregt. Die Fähigkeit des Landes, mit Herausforderungen spontan umzugehen, werde dadurch ebenfalls gestärkt. Das ist im Prinzip ein völlig richtiger Ansatz. Aber so sehr der Verfasser mit marktwirtschaftlichen Strukturen sympathisiert – sie verbinden ja die Desiderate Freiheit und Wohlstand – so skeptisch ist er hinsichtlich deren Realisierung in Nigeria. Wie in so vielen Entwicklungsländern wird auch hier „Kapitalismus für die Armen“ mit „Sozialismus für die Reichen“ kombiniert.

„WAS TUN?“ FRAGT NIGERIA SICH NICHT

Die nigerianische Politik oder auch die öffentliche Diskussion befassen sich mit den angesprochenen Problemen so gut wie gar nicht. Zu sehr waren die beiden letzten Jahren von der innenpolitischen Machtfrage beherrscht, ob der gegenwärtige Präsident durch eine Verfassungsänderung die Chance auf eine dritte Amtszeit bekommen würde, als daß inhaltlich politische

oder erst recht dem Bewußtsein des Landes so ferne Fragen wie der Klimawandel außerhalb der Zirkel von Fachleuten oder Umwelt-NRO wirklich Aufmerksamkeit gefunden hätten. Entwicklungspolitisch hat man kurzfristig viel dringendere Sorgen und strategische Weitsicht ist hier nicht unbedingt fester Bestandteil der Politik. Zudem entziehen sich die mit dem Klimawandel verbundenen Probleme und Lösungsstrategien in ihrer Komplexität oberflächlichem Politgerede.

Die Entwicklungsplanung des Landes erkennt die wirtschaftliche Bedrohung durch den Klimawandel und die Gefahr durch verringerten Verbrauch fossiler Energieträger sinkender Öleinnahmen nicht einmal, geschweige denn, daß sie Konzepte dafür vorlegt. In der dafür zuständigen „National Planning Commission“ soll das Thema allerdings künftig stärker beachtet werden. Hier hat der soeben gewählte Präsident eine weitere wichtige Aufgabe: Diversifizierung der Volkswirtschaft, Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen (in diesem Falle Unabhängigkeit vom Verkauf dieser Brennstoffe), Wiederbelebung der darniederliegenden Landwirtschaft, Industrialisierung (der Anteil der Industrieproduktion am BSP ist hier im Lauf der Jahre auf etwa 6 Prozent zurückgegangen) und Entwicklung des kaum existierenden Dienstleistungssektors sind einige Stichworte. In jedem Falle ist dem neuen Präsidenten Weitsicht zu wünschen, sonst könnte das Land von einem der beiden Hörner des Dilemmas aufgespießt werden: Klimawandel oder sinkende Ölerlöse.